

Bremer Müll für Seestadt-Deponie?

Laufzeit der Blockland-Deponie endet – Ersatzstandort nicht in Sicht – Also ab mit dem Müll nach Bremerhaven?

Von Klaus Mündelein

BREMERHAVEN/BREMEN. Bremerhavens SPD-Chef Martin Günthner warnt Umweltsenatorin Maika Schaefer (Grüne) mit Nachdruck: Sie solle nicht versuchen, ihre Deponie-Probleme auf dem Rücken der Bremerhavener zu lösen. Anlass sind Medienberichte über die bislang erfolglose Standortsuche für eine neue Mülldeponie in der Stadt Bremen. In diesem Zusammenhang tauchte auch der Name „Grauer Wall“ auf. Die Bremerhavener Mülldeponie wird demnach als Alternative gehandelt, um Bremer Müll loszuwerden, wenn die eigene Deponie vollgelaufen ist.

Umweltamtsdezernentin Dr. Susanne Gatti hat bereits den Magistrat über die beunruhigenden Meldungen aus Bremen informiert. Und Günthner will den Bremern gleich einen Riegel vorschieben: „Mit der SPD wird es keinen grünen Mülltourismus nach Bremerhaven geben.“

Fakt ist: Die Kapazitäten der Bremer Blockland-Deponie neigen sich dem Ende entgegen. Hier wird in erster Linie Bauschutt aus Abbruch und Sanierungsarbeiten abgelagert. Seit Jahren ist das Problem bekannt, sagt Gatti. Aber es wurde nicht gelöst. Bereits 2016 heißt es in einem Senatspapier, dass mittelfristig die Entsorgung der Abfälle aus Bremen in der Stadt nicht sichergestellt ist.

Die Zahlenangaben zur verbleibenden Restlaufzeit sind unterschiedlich. Mehrheitlich wird das voraussichtliche Ende der Laufzeit mit dem Jahr 2030 angegeben. Dann soll der seit 1969 genutzte Müllberg auf eine Höhe von 60 Metern angewachsen sein. „Eigentlich ist jedoch schon im Jahr 2028 Schluss“, sagt hingegen Arno Gottschalk. Der Bremer SPD-Bürgerschaftsabgeordnete sitzt im Verwaltungsrat der Bremer Stadtreinigung, die die Deponie betreibt. Er hat deshalb auch Druck bei dem Thema gemacht: „Es wird zeitlich eng“, sagt er.

In den verbleibenden Jahren einen neuen Deponie-Standort zu finden und mit einem aufwendigen Planfeststellungsverfahren einzurichten, dürfte sehr schwer werden. Zumal niemand in der Stadt Bremen die Hand hebt und sagt, „wir wollen eine Deponie“. Im Umland gibt es so jemanden schon gar nicht. Bei einer Diskussion der Fachpolitiker über die Entwicklung der Gewerbegebiete in der Stadt Bremen ist deshalb auch über das Deponie-Problem gesprochen worden.

Das für die Deponie zuständige Umweltressort bemüht sich, den Druck etwas herunterzuspielen. Womöglich sei sie sogar bis 2032 nutzbar, weil man keinen Bauschutt mehr aus dem Umland annehme, sagt Ressortsprecher Jens

74,9 Prozent – so viel gehört dem privaten Unternehmen Remondis von der Deponie Grauer Wall, die von der Bremerhavener Entsorgungsgesellschaft betrieben wird. 25,1 Prozent beträgt der Anteil der Stadt Bremerhaven an der Deponie.



In Bremen sind die Behörden auf der Suche nach einem Standort für eine neue Mülldeponie, weil die Laufzeit der bestehenden Blockland-Deponie in wenigen Jahren endet. Bislang aber ohne Erfolg. Offenbar gibt es nun Überlegungen, zumindest übergangsweise die Bremerhavener Deponie Grauer Wall mitzunutzen.

Luftfoto: Scheer

Tittmann. Gleichwohl hat seine Behörde schon länger das Terrain sondiert, um einen künftigen Deponie-Standort ausfindig zu machen. Ohne durchschlagenden Erfolg. Aber auch das dokumentiert bereits die Senatsvorlage aus dem Jahr 2016.

Nur ein Standort kam in die

» Mit der SPD wird es keinen grünen Mülltourismus nach Bremerhaven geben.«



Martin Günthner, Vorsitzender SPD Bremerhaven

engere Wahl. Und zwar ein Gelände bei den Bremer Stahlwerken, das hervorragend über die A27 und die A281 angebunden ist. Das Problem ist nur, dass Wirtschaftsministerin Kristina Vogt (Linke) andere Pläne mit dem Gelände verfolgt. Das ist als Gewerbegebiet ausgewiesen, und Vogt will hier im Zuge der Wasserstoff-Strategie entsprechende Betriebe ansiedeln.

„Keine Entscheidung“

Könnten sich Vogt und Schaefer verständigen, wäre das Problem gelöst. Aber davon scheint man weit entfernt zu sein. „Wir sind in intensiven Gesprächen mit dem Wirtschaftsressort zum Deponie-Standort, aber es gibt keine Entscheidung“, sagt Tittmann. Das bestätigt das Wirtschaftsressort nicht. Im Gegenteil: „Verhandlungen zwischen den Häusern bezüglich einer neuen Fläche für eine Deponie finden derzeit nicht statt“, sagt Ressortsprecher Tim Ruland. Und: „Die Flächen um das Stahlwerk sind als gewerbliche Flächen ausgewiesen und stehen somit für anderweitige Nutzungen nicht zur Verfügung.“

Das klingt nach einer klaren Absage. Und damit droht der Alternativstandort „Grauer Wall“ wieder in den Fokus zu geraten.

Bislang werde er immer nur als „theoretische“ Alternative betrachtet, womöglich als Option für eine zwischenzeitliche Nutzung, heißt es in informellen Einschätzungen. Andererseits heißt es auch, dass die Bremerhavener Deponie ordentlich zertifiziert und klassifiziert sei. Also doch eine Alternative?

„Hinter vorgehaltener Hand“

Klare Antworten gibt es dazu auf Nachfrage nicht. Und auch in Bremer Medien wird vom Grauen Wall als einer Lösung gesprochen, „wobei in Politik und Verwaltung nur hinter vorgehaltener Hand gesprochen wird“, hieß es im Bremer Weser-Kurier.

Ob die Stadt einen Mülltourismus aus Bremen verhindern kann, ist allerdings fraglich. Die Deponie wird von der Bremerhavener Entsorgungsgesellschaft (BEG) betrieben. Die gehört zu 74,9 Prozent dem privaten Unternehmen Remondis und nur zu 25,1 Prozent der Stadt Bremerhaven. Wenn die Stadt Bremen auf den Betreiber zugeht und einen Vertrag über die Abnahme von Abfall abschließt, der für die Deponie zugelassen ist, dann kann die Stadt nicht viel dagegen machen, schätzt Gatti die Lage ein.

Die Bürgerinitiative BIKEG, die sich schon lange gegen die weitere Nutzung der Deponie Grauer Wall wehrt, hatte bislang noch nichts gehört von möglichen Plänen, Bremer Müll nach Bremerhaven zu bringen. Sabine Hanisch zeigt sich verwundert. „Angeblich braucht die Stadt die Deponie für die eigene Entsorgungssicherheit, und dann ist da so viel Luft nach oben, dass noch Müll aus Bremen aufgenommen werden kann?“, fragt sie. (axt)

Deponie Grauer Wall



Nordsee Zeitung
6.8.2021